

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	15.12.2011

Personalsituation in Kindertagesstätten

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt folgende Fragen:

1. Ist das konkrete Problem in der Kita Kalkarer Str. (längerfristig) gelöst?
2. Sind die offenen Stellen an den Kitas im Stadtbezirk Nippes inzwischen besetzt, wie viele Stellen sind ggfls. offen?
3. Wie groß ist der „Springer-Pool“, reicht er generell aus oder kommt es zu Engpässen im Stadtbezirk Nippes?
4. Wie groß ist ggf. der zusätzliche Bedarf an Stellen, um den „Springer-Pool“ bedarfsgerecht auszugestaltet?

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Das kurzzeitige Personalproblem in der Kita Kalkarer Str. ist gelöst. Die Stellen in den Kindertagesstätten des Bezirkes Nippes sind besetzt bzw. in Einzelfällen im Besetzungsverfahren.

Die Personalausstattung in allen Kindertagesstätten in NRW erfolgt auf der Grundlage des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Festgelegt ist eine Mindestbesetzung, die in den einzelnen Kindergärten vorgehalten werden muss. Darüber hinaus steht den Trägern im Rahmen des KiBiz ein Personalbudget für Vertretung, z.B. bei krankheitsbedingten Ausfällen oder Schwangerschaften (i.d.R. dürfen schwangere Mitarbeiterinnen umgehend nicht mehr bei Kindern eingesetzt werden) zur Verfügung.

In den städtischen Kindergärten wurden von vornherein Vertretungsstunden zur Kompensation kurzfristiger Personalausfälle bereit gestellt.

Am Beispiel Kita Kalkarer Str. stellt sich dies wie folgt dar:

Die geforderte Mindestbesetzung liegt bei insgesamt 408 Fach- und Ergänzungskraftstunden. Tatsächlich zur Verfügung stehen 442 Stunden, also 34 (fast eine volle Stelle) mehr.

Darüber hinaus besteht ein Pool von derzeit 94 Stellen für die städt. Kindergärten, der für Vertretungen langfristiger Ausfälle bereit steht. Bisher war dieser Pool auskömmlich.

Das Land NRW stellt den Kindertagesstätten für die Betreuung der unter 3jährigen Kinder zusätzliche Stunden für Ergänzungskraftstellen (Kinderpflegerinnen) zur Verfügung. Da die Kita Kalkarer Str. über einen höheren Anteil an unter 3jährigen Kindern verfügt, erhält sie hieraus zusätzlich eine $\frac{3}{4}$ Stelle.

Durch den Rechtsanspruch für Kinder ab 1 Jahr ab 01.08.2013 und dem damit verbundenen Ausbau der Kindertagesbetreuung wird bundesweit ein drohender Fachkräftemangel für die Kindertagesstätten prognostiziert und diskutiert.

Die Verwaltung hat zur Abwendung dieses Mangels und zur Vermeidung von übermäßigen Vakanzen frühzeitig gegensteuernde Maßnahmen eingeleitet. Beispielhaft sei hier erwähnt:

- Mit den in Köln ansässigen Fachschulen wurden zusätzliche Ausbildungsquoten vereinbart, sodass zum kommenden Kindergartenjahr erstmalig 90 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher ihre schulische Ausbildung beenden und das berufspraktische Jahr beginnen können,
- Ebenfalls mit den Fachschulen wurden Qualifizierungsmaßnahmen von Kinderpflegerinnen vereinbart, die berufsbegleitend zu Erzieherinnen weitergebildet werden. Die Stadt Köln unterstützt dies für ihre Mitarbeiterinnen durch eine anteilige Freistellung bei Weiterzahlung der Bezüge,
- Es bestehen vielfältige Kontakte, z.B. zu Fachschulen im Umland, um auch von dort Berufsanfänger für eine Anstellung bei der Stadt Köln zu gewinnen, zu Fachhochschulen, um Sozialpädagogen für eine Tätigkeit zu gewinnen,
- Alle Kräfte in den Kitas der Stadt Köln erhalten unbefristete Arbeitsverträge, sowohl Voll- als auch Teilzeitstellen werden geboten,
- Berufspraktikanten (Auszubildende im letzten –praktischen- Ausbildungsjahr) erhalten zu Beginn des Praktikums eine Übernahmegarantie bei Eignung,
- Jährlich werden in der örtlichen Presse und übers Internet, zuletzt Anfang Dezember 2011, öffentliche Stellenausschreibungen geschaltet. Die diesjährige Ausschreibung wurde erstmalig auch auf das Ruhrgebiet ausgeweitet. Eine Ausschreibung bei der Bundesagentur für Arbeit erfolgt ständig,
- In Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den Trägern der freien Jugendhilfe wurden alle in Köln als arbeitssuchend gemeldete Fachkräfte zu Gesprächen eingeladen, Stellenangebote wurden unterbreitet, sodass hier keine vermittelbaren Kräfte mehr vorhanden sind.